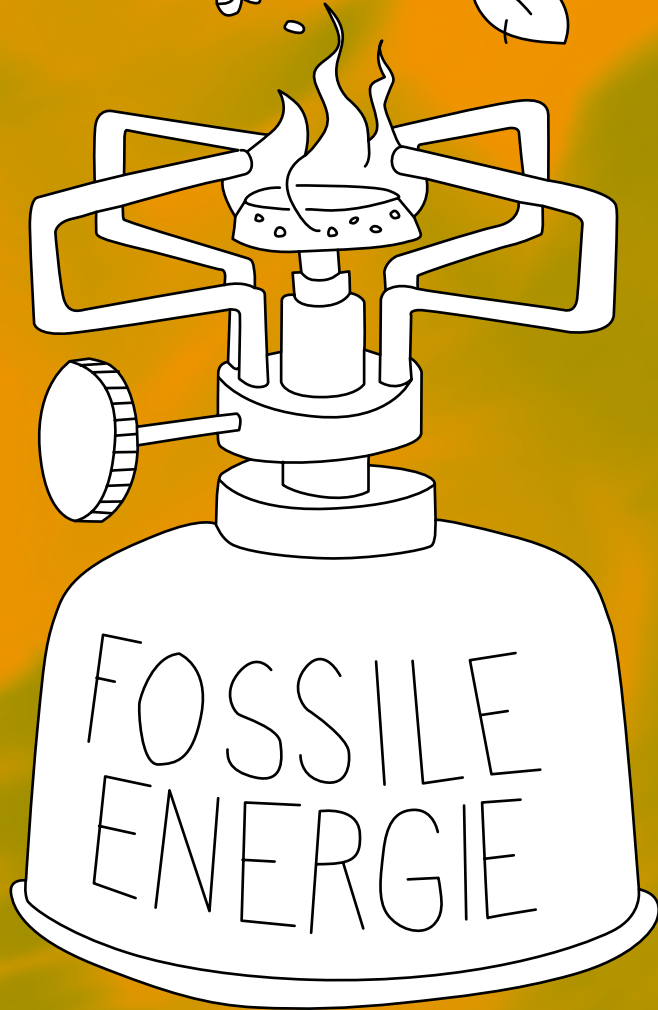


2022/1

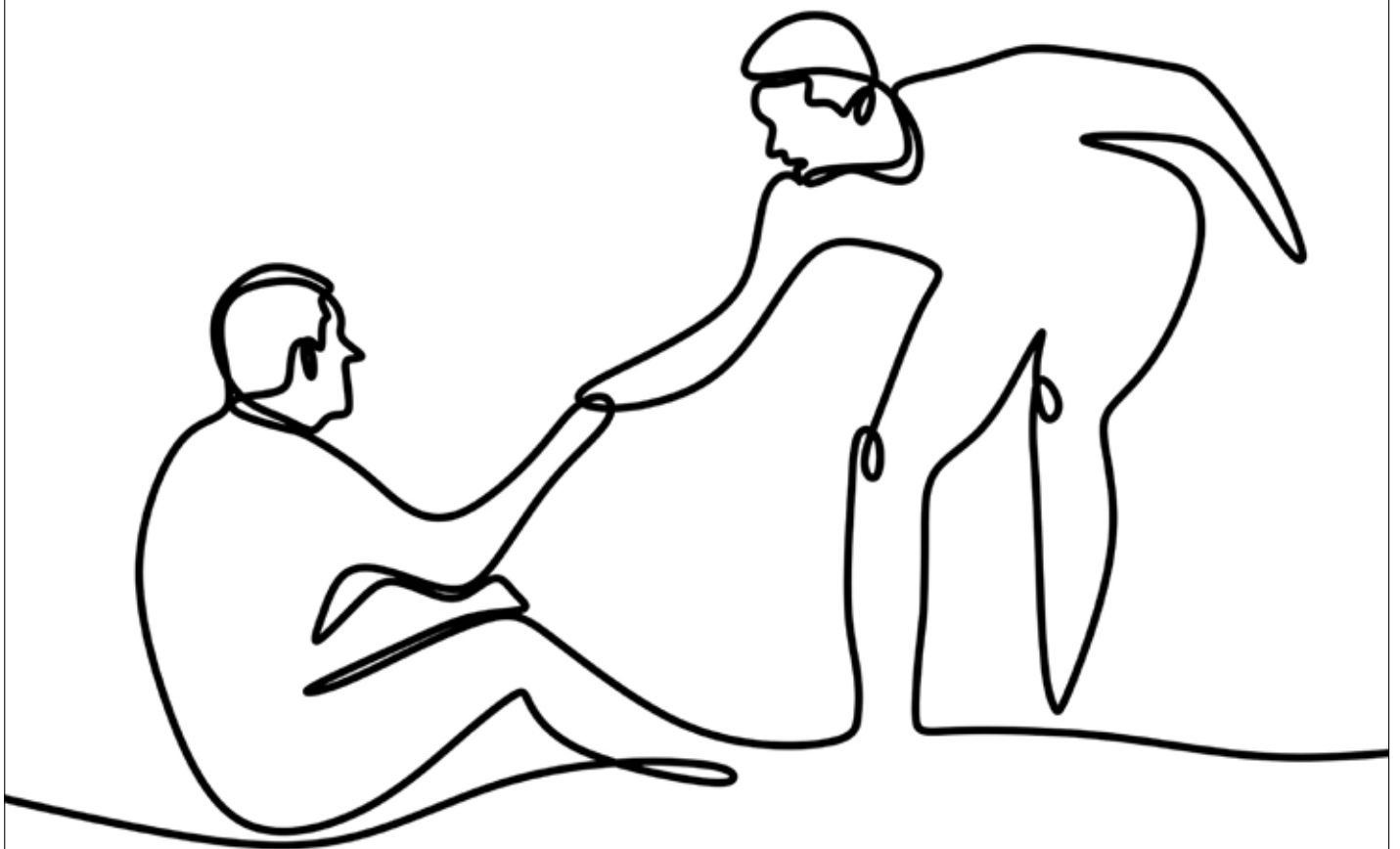


attac

Wir lassen Dich nicht im Stich.

Mit unseren umfangreichen Beratungsangeboten
und weiteren Unterstützungen sorgen wir dafür,
dass Du gut durchs Studium kommst.

www.oeh.ac.at/service



   @bundesoe

OEH
Bundes-
vertretung

Vorwort des Attac-Vorstands	4
-----------------------------	---

brennpunkte

Attac zum Ukraine-Krieg	5
Österreichs Reichste profitierten auch 2021	6
Interview mit Marlene Engelhorn	7
Ein grünes Mascherl für Finanzprodukte	10
Patente freigeben – Pandemie beenden!	12
Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Inflation	14

rückblicke

ZAP – das Zivilgesellschaftliche Attac Praxissemester	16
Aus den Attac-Gruppen	18

Impressum

Attac Österreich Magazin 2022/1
Attac Österreich Jahresbericht 2021

Attac Österreich
Netzwerk für eine demokratische, sozial-,
ökologisch- und geschlechter-gerechte
Gestaltung der Wirtschaft

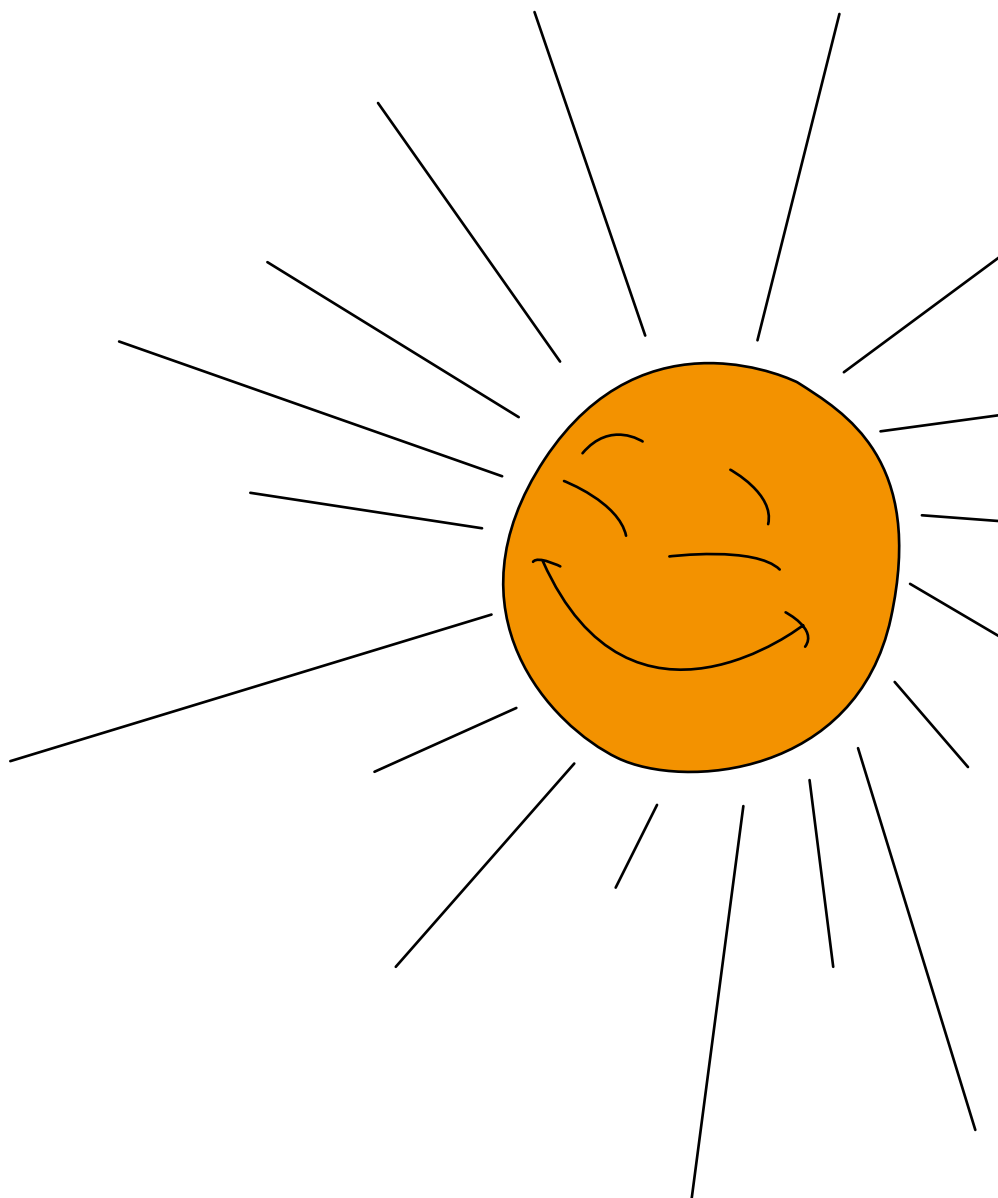
Margaretenstraße 166/3/25
A-1050 Wien
Tel: 01/544 00 10
Fax: 01/544 00 10 59
Internet: www.attac.at
E-Mail: infos@attac.at
IBAN: AT552011182424891500

Grafik: Christian Berger,
Elisabeth Blum, BergWolf.Agency,
Anne Lange, Klara Tolnai
grafikteam@attac.at

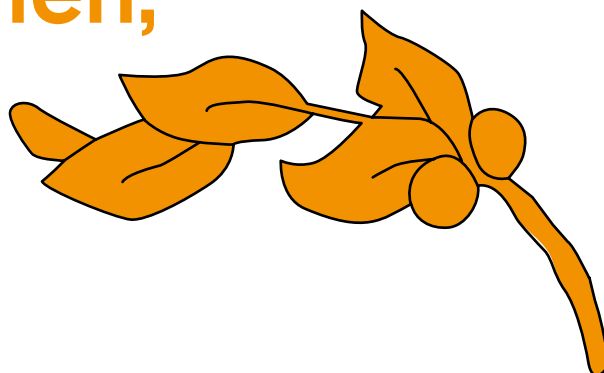
Druck: gugler* print, 3390 Melk
Auflage: 5.500 Stück
Für den Inhalt verantwortlich:
Attac Österreich
Fotos (wenn nicht anders angegeben):
Attac Österreich
Inseratenakquisition: Monika Stadler,
Wilhelm Zwirner
Redaktion: Barbara Cäcilia Supper-
Schmitzberger, David Walch
Gesamtkoordination: Barbara Cäcilia
Supper-Schmitzberger
(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Vervielfältigung erwünscht, bei Veröffentlichungen bitten wir um Belegexemplare.

Wien, April 2022



liebe leserinnen, liebe leser!



Die Seiten für dieses Magazin waren bereits fertig, da begann der Krieg. Seine langfristigen geopolitischen Folgen sind derzeit völlig unabsehbar. Sein Beginn markiert eine längst überwunden geglaubte Dimension der Unsicherheit und Bedrohung in Europa. Doch weltweit waren Kriege nie verschwunden. Sie sind oftmals eine direkte Folge von wirtschaftlicher Unsicherheit und Ausbeutung oder ein Mittel um nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Interessen durchzusetzen.

Die Bereitschaft europäischer Staaten, Flüchtenden aus der Ukraine Schutz zu bieten, ist wichtig. Doch vergessen wir nicht: Menschen aus Krisengebieten wie Afghanistan, Syrien, dem Irak, Somalia ... werden an Europas Grenzen seit Jahren gewaltsam und menschenrechtswidrig zurückgedrängt. Alle Schutzsuchenden, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion und ihrem Aussehen, benötigen Sicherheit vor Not und Verfolgung. Jedes Menschenleben zählt!

Den Jahres-Rückblick unseres Magazins dominiert noch die Pandemie. Sie hatte auch auf unsere tägliche Arbeit konkrete Auswirkungen, denn

viele Veranstaltungen (zum Glück nicht unsere SommerAkademie) wurden in den virtuellen Raum verlagert. Doch wir ließen uns den öffentlichen Raum nicht völlig nehmen: Von Regionalgruppen und den Senior*innen über SambAttac bis zu den jungen ZAP-Teilnehmenden (siehe Seite 16) – selbst bei Regen und Schnee fanden Mahnwachen und Kundgebungen statt.

Corona hat auch unsere Inhalte bestimmt: Der Corona-Lastenausgleich wird bereits von über 15.000 Personen unterstützt. Mit der Kampagne „Patente freigeben – Pandemie beenden!“ zeigten wir auf, wie Pharmakonzerne die Kontrolle über Impfstoffe und Medikamente haben und damit Milliarden Gewinne machen (ab Seite 12). Das von Attac mitinitiierte Netzwerk „Mehr für Care!“ wächst, in den Regionen entstehen neue Gruppen. Jetzt geht es darum, den Druck für mehr öffentliche Care-Investitionen zu erhöhen!

Konzerne und Reiche werden hierzulande weiter hofiert, die gesellschaftliche Ungleichheit steigt in der Pandemie weiter. Das reichste Prozent der Haushalte besitzt bereits bis zu 50 Prozent der Gesamtvermögen. Mit dem Thema Reichtum setzt sich auch Marlene Engelhorn in unserem Interview (ab Seite 7) auseinander.

Vorwort
des
Vorstands
von Attac
Österreich

„Sicherheit“ kann niemals mit Panzern und Granaten erreicht werden

Zu Krieg und Pandemie kommt die planetare Bedrohung der Klimakrise. Ein Ausweg ist nur möglich, wenn wir soziale, ökologische und demokratische Fragen zusammendenken. Das von Attac im Herbst 2021 mitherausgegebene Buch „Klimasoziale Politik“ war schnell ausverkauft und erschien in 2. Auflage.

Für uns ist klar: „Sicherheit“ kann niemals mit Panzern und Granaten erreicht werden. Sicherheit gibt es nur, wenn alle Menschen eine ausreichende soziale Absicherung, ein gutes Einkommen und eine gute Zukunftsperspektive haben. Wir werden weiterhin der grenzenlosen Profitgier entgegenreten.

Nur so kann ein emanzipatorischer und sozialökologischer Umbau gelingen, der letztlich auch den Frieden garantiert. Daran werden wir weiter gemeinsam mit euch arbeiten!

Euer Attac Vorstandsteam

4



die basis für frieden schaffen

Effektive Sanktionen gegen Putins Krieg können nur greifen, wenn es den Regierungen wichtiger ist den Krieg zu stoppen als die Interessen der Energie- und Rüstungskonzerne zu bedienen.

Der völker- und menschenrechtswidrige Angriffskrieg der russischen Armee gegen die Ukraine macht fassungslos. Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine und den Menschen, die in Russland und Belarus zivilen Widerstand gegen diesen brutalen Krieg leisten.

Gleichzeitig warnen wir vor einer neuen Epoche des internationalen Wettrüstens. Die Geschichte zeigt, dass Aufrüstung Konflikte verschärft und den Frieden und unsere Zukunft nicht sichert, sondern bedroht. Geopolitische Konflikte können letztendlich nur durch Verhandlungen gelöst werden. Noch stärkere Aufrüstung verunmöglicht auch die Erreichung der Klimaziele. Denn Krieg, Militär und Rüstungsindustrie gehören zu den Hauptverursachern von Treibhausgasemissionen.

Kriegskasse austrocknen: Höchste Priorität für sozial-ökologischen Umbau

Putin konnte seine Militärmaschinerie über Jahre mit europäischem Geld für russisches Öl und Gas stärken. Daher muss der sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft jetzt höchste Priorität bekommen. Das sichert

die Unabhängigkeit von Öl- und Gaslieferungen, die nicht nur in der Ukraine, sondern weltweit Kriege und autoritäre Regime befeuern. Ebenso wichtig sind Investitionen in soziale Sicherheit und Care-Leistungen statt in Waffen, von denen allein die Rüstungsindustrie und ihre Aktionäre profitieren.

Oligarchen-Vermögen beschlagnahmen statt breite Masse verarmen

Die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Putins Krieg treffen vor allem die breite Masse der Menschen. Stattdessen sollten vorrangig die Vermögen russischer Oligarchen im Westen (geschätzt bis zu 1 Billion Dollar) beschlagnahmt werden, die Putins autoritäres Regime stützen und dessen Profiteure sind. Von den bisherigen Sanktionen sind sie trotz vollmundiger Ankündigungen kaum betroffen, da sie ihr Immobilien- und Finanzvermögen verschleiern können. Unmittelbar müssen Finanzbehörden mit zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden, um diese Vermögen bestmöglich zu identifizieren. Darüber dringend nötig,

Transparenz im „westlichen“ Finanzsystem zu schaffen. Hier verstecken nicht nur russische Oligarchen, sondern Steuerhinterzieher*innen, Kriminelle, Autokraten und Diktatoren aus aller Welt ihre Vermögen in Briefkastenfirmen und anderen intransparenten Konstruktionen.

Ein gemeinsames Ziel

Angesichts des Krieges haben alle Menschen, die sich für Frieden, Geschlechter- und Klimagerechtigkeit sowie für soziale Sicherheit einsetzen, ein gemeinsames Ziel: Ein gutes Leben für alle. Dies ist nur in einer Welt möglich, in der gute Lebensperspektiven für alle gewährleistet sind und Konflikte am Verhandlungstisch gelöst werden. Die Basis für zukünftigen Frieden und Sicherheit liegt im Schutz unserer Lebensgrundlagen, der Einhaltung der Menschenrechte und umfassender sozialer und ökonomischer Sicherheit.

Die Langfassung des Textes finden Sie unter: attac.at/ukraine



österreichs reichste profitierten auch 2021

bei allen unsicherheiten der pandemie kann man sich auf eines verlassen: die reichsten profitieren auch in der krise

Die Pandemie hat die Ungleichheit des globalen Wirtschaftssystems offengelegt und verschärft. Weltweit hat sich laut Oxfam das Vermögen der zehn reichsten Milliardäre zwischen März 2020 und November 2021 verdoppelt, während in diesem Zeitraum über 160 Millionen Menschen in Armut geraten sind. Einige wenige eignen sich einen Großteil des Wohlstands an, den wir alle gemeinsam erarbeiten.

Das unfassbare Ausmaß der Ungleichheit hierzulande zeigt eine Studie der Österreichischen Nationalbank vom Jänner 2022. Sie kam zum Ergebnis, dass das reichste Prozent bis zu 50 Prozent des gesamten Vermögens in Österreich besitzt. Die Ökonomen der Nationalbank griffen dabei auch die jahrelange Attac-Forderung nach mehr Transparenz bei Vermögensdaten auf und forderten ein globales Vermögens-Register.

Österreich: Plus 28 Prozent für Milliardär*innen

So erschreckend die Ergebnisse der Nationalbank auch sind – sie spiegeln nicht das aktuelle Ausmaß der Ungleichheit in Österreich wider. Denn die Studie basiert großteils auf Daten aus dem Jahr 2017. Doch die Vermögen der Reichsten in Österreich sind in der Corona-Pandemie noch einmal enorm angewachsen.

Neue Attac-Berechnungen* vom Dezember 2021 kommen zu dem Ergebnis, dass das Vermögen der 100 reichsten österreichischen Familien und Einzelpersonen aktuell rund 205 Milliarden Euro beträgt. Das ent-

von Kai
J. Lingnau



spricht einem Plus von 25 Milliarden Euro oder 14 Prozent gegenüber 2020. Dabei stechen die Zuwächse bei den Milliardär*innen besonders hervor. Ihr Vermögen ist im vergangenen Jahr von rund 68 auf rund 87 Milliarden Euro angewachsen – ein Anstieg von 28 Prozent. Allein dieser Zuwachs entspricht in etwa den gesamten jährlichen Bildungsausgaben Österreichs. Für den Großteil der Menschen bedeutet die Pandemie jedoch enorme Lasten: Gesundheitspersonal, Pädagog*innen, prekär Beschäftigte und Menschen in schlecht bezahlten Jobs (oft verbunden mit hohem Infektionsrisiko) sowie Kinder und ihre Eltern – vor allem Frauen. Viele sind physisch und psychisch sowie finanziell am Ende. Sie wurden zwar beklatscht, aber finanziell vernachlässigt.

Wir fordern die Regierung weiter dazu auf, hier endlich gegenzusteuern. Bereits zu Beginn der Pandemie haben wir ein detailliertes Konzept für einen *Corona-Lastenausgleich* von den Reichsten vorgelegt. Mit den aktualisierten Vermögensdaten für 2021 beträgt das Aufkommen unserer Vermögensabgabe rund 80 bis 90 Milliarden Euro.

Das Geld für die Bewältigung der Corona-Krise ist also da. Auch die dringend benötigten Investitionen in die Zukunft können wir uns leisten – Investitionen in bessere Pflege, im Gesundheitsbereich, in Klimaschutz und Armutsbekämpfung. Es ist eine Frage der Verteilung. Und ein Ausgleich der enormen Lasten ist überfällig.

* Errechnet auf Basis der Durchschnittswerte der aktuellen Reichenlisten von Forbes, Vermögensmagazin und Trend sowie umfangreicher Recherchen zu den Familienmitgliedern der reichsten Familien.

1%

„ich würde mich sehr freuen, wenn es mich nicht mehr braucht.“

marlene engelhorn wird bald einen millionenbetrag erben. gemeinsam mit anderen millionär*innen setzt sie sich mit der initiative „taxmenow“ dafür ein, vermögen angemessen zu besteuern.

Marlene Engelhorn spricht im Attac-Interview auch über ihre persönliche Motivation und Vision.

David Walch: Wie kommt eine Millionärs-erbin dazu sich für Steuergerechtigkeit einzusetzen?

Marlene Engelhorn: Es war ein kontinuierliches Wirken und eine Auseinandersetzung mit mir und wie ich zur Gesellschaft stehe. Es mag absurd klingen, aber es war für mich eine Überforderung, in eine überreiche Familie geboren worden zu sein. Gespräche mit Menschen, die in einer ähnlichen Situation waren, haben dazu beigetragen, dass ich sinnvoller über strukturelle Zusammenhänge nachdenken konnte.



Es war gar nicht so schwer Leute zu finden, denen es ähnlich gegangen ist?

Über das offene Sprechen über meine inneren Konflikte habe ich Leute kennengelernt. Und irgendwann fällt der Groschen: Moment, es gibt ja schon eine Möglichkeit, Geld, das man unrechtmäßig hat, an die Gesellschaft zu geben – und zwar auf eine legitimierte demokratische Art und Weise. Steuern! Ich werde nicht angemessen

Das Interview mit Marlene Engelhorn führte David Walch

besteuert und mache daher mein privates Problem zu einem öffentlichen – weil es nämlich genau das ist. Steuern zahlen zu wollen ist nicht abwegig oder bescheuert. Im Gegenteil, es ist absolut pro Gesellschaft.

Ist aus deinen persönlichen Kontakten auch die Initiative „taxmenow“ entstanden?

Ein paar dieser Menschen sind wie ich in der AG Steuergerechtigkeit der deutschen Bewegungstiftung aktiv. Wir haben beschlossen einen Appell zu formulieren, weil wir einen privilegierten Zugang zu Leitmedien haben. Der Launch war im Juni 2021 und wir waren alle sehr aufgeregt. Und dann ging dieser Medienrummel los ...

Wird damit die „Stimme des Geldes“ nicht wieder überrepräsentiert? Es gibt ja viele, die sich für das Thema einsetzen.

Ja, ich finde diesen privilegierten Zugang zu Medien sehr problematisch. Einerseits ist es gut, dass man um dieses Thema nicht herumkommt. Aber warum fragt man mich? Nur, weil ich „vermeintlich“ betroffen bin? Bei „taxmenow“ versuchen wir daher auch, dass andere Initiativen Sichtbarkeit bekommen, die am Thema arbeiten.

Aber ihr tretet nicht für konkrete Steuermodelle ein.

Es ist ein Unfug, dass die Reichen den anderen erklären, wie man Reiche zu besteuern hat. Es gibt bereits Modelle. Können wir die diskutieren anstatt Neues auszudenken?

Wie ist deine Meinung zum Corona-Lastenausgleich von Attac?

Was die Besteuerung von Vermögen angeht, bin ich nach oben offen.

Eine klassische Rolle der Reichen ist die der Wohltäter*innen. Warum ist Spenden für dich zu wenig?

Spenden hat sehr viel damit zu tun, ein Problem wegzuklicken zu wollen. Es vernachlässigt, dass Dinge strukturell verknüpft sind. Es reicht aber nicht, darauf zu hoffen, dass überreiche Menschen ihr Geld dafür hergeben, die Welt zu retten. Auf ihren guten Willen kann man sich nicht verlassen. Worauf kann man sich verlassen? Dass die Steuerbehörde anklopft, wenn Steuern zu zahlen sind.

Man könnte auch beim Ursprung der Ungleichheit ansetzen.

Ich würde natürlich am liebsten dort ansetzen, wo sie entsteht, bei der Ressourcenverteilung. Diese Primärverteilung anders zu gestalten ist wichtig, aber da gehöre ich nicht hin. Ich habe mit Unternehmen und der Arbeiter*innenbewegung nichts zu tun. Ich kann sie unterstützen und solidarisch sein. Aber ich kann für sie nicht sprechen.

Steuergerechtigkeit löst das Problem nicht an der Wurzel, aber sie kann helfen, Dinge auszugleichen und Geldflüsse in demokratisch legitime Bahnen zu lenken – und zwar nicht nach einem Verteilungssystem, das auf persönlicher Wertung beruht wie beim Spenden. Bei Steuern haben wir – rein prinzipiell gesehen – die Möglichkeit einer öffentlichen Debatte.

"Erbschafts-
und Vermögensteuern sollte
man ganz bewusst als etwas verstehen,
was politische Macht beschneidet. Jene
mit exorbitantem Reichtum dürfen nicht
die Macht behalten, um die Gesellschaft
zu gestalten ..."

DW: Die Frage, wie Reichtum besteuert wird, ist also auch für die Demokratie relevant?

Das ist der wichtigste Punkt. Reichtum ist Macht. Privatpersonen besitzen mehr Macht als ganze Staaten. Wir können nicht erlauben, dass Menschen sich Einfluss einfach kaufen können. Wir wollen Demokratien und nicht Monarchien oder Autokratien. Punkt.

DW: Auch beim Thema Steuern geht es nicht nur darum, wer das bessere Argument hat, sondern wie Vermögende ihren Einfluss und ihre Netzwerke diskret in politische Macht umsetzen.

Ja, diese Netzwerke gib es. Es fängt damit an, dass man die Kids in Eliteschulen, ins Internat nach England und danach in Privatuniversitäten steckt. Nicht weil die Kinder so geschickt sind, sondern weil die Elite sich das leisten kann. Dann machen sie Karriere und plötzlich haben sie Einfluss und Macht. Wenn man reich ist, kriegt man das eigentlich so: *schnipp*. Grundsätzlich ist nichts verkehrt daran, wenn man einander unterstützt, absichert und aktiviert. Schwierig ist es, wenn man das exklusiv gestaltet. So gesehen ist die überreiche Gesellschaft die problematischste Parallelgesellschaft, die wir haben.

Ökonomisches Kapital übersetzt sich also in soziales und symbolisches Kapital?

Auf jeden Fall. Die entscheidende Frage ist: Sind die Netzwerke transparent? Sind sie es nicht, wird Macht und Einfluss ohne demokratische Legitimität ausgeübt. Das ist zwar verständlich, weil man nicht jedes Mal seine Selbstverständlichkeit, seinen Status und Standpunkt hinterfragen muss, wenn man unter sich bleibt. Aber es ist halt auch gefährlich, weil wir in einer Gesellschaft über den eigenen Teller rand blicken müssen. Deswegen ist es wichtig, öffentliche Strukturen durch staatliche Investitionen zu stärken – wie zum Beispiel das Bildungs- und Gesundheitssystem. Damit sich dort Menschen begegnen, die miteinander nicht viel gemeinsam haben.

Die Ungleichheit steigt – trotzdem geht nicht einmal bei einer Mini-Vermögenssteuer von 1–2 Prozent etwas weiter. Warum gibt es da keinen größeren gesellschaftlichen Aufschrei?

Ich glaube, es fehlt einerseits die Datenlage – und das in einer Gesellschaft, wo wir über alles Bescheid wissen, nur über die Reichen nicht. Es fehlt das Bewusstsein, dass ein Prozent fast 50 Prozent des Vermögens hat. Wir brauchen auch eine Debatte, die nicht in einem langweiligen Kleinklein über Prozentsätze bleibt. Wie viel ist genug? Wie viel ist zu viel? Wie wollen wir teilen? Wer darf das entscheiden? Wir brauchen Grundsatzfragen, denn die können alle beantworten.

Bei vielen Menschen löst eine Erbschaftssteuer starke Abwehrreaktionen aus. Warum?

Erben ist für viele ein Beziehungsfaktor. Ganz oft wird ja vererbt, um jemanden abzusichern, man fühlt sich also umsorgt. Menschen arbeiten nicht nur für sich selbst, sondern auch um zu sagen: „Hey! Das ist für euch, damit ihr es nicht so schwer habt am Anfang.“ Diese Beziehung durch eine gesichtslose öffentliche Hand angegriffen zu sehen, macht Angst.

Wie begegnest du dem?

Die Menschen müssen verstehen, dass man nicht jenen etwas wegnimmt, die sich ein bisschen was geschaffen haben. Die Nutzung des Eigenheims – zum Beispiel – fällt raus, Punkt. Alles, was unter einem gewissen Nettovermögen ist, fällt raus. Man muss auch erklären, was eine Freigrenze ist. Dass also für eine Million und einen Euro *nur ein Euro* besteuert wird. Erbschafts- und Vermögensteuern sollte man ganz bewusst als etwas verstehen, was politische Macht beschneidet. Jene mit exorbitantem Reichtum dürfen nicht die Macht behalten, um die Gesellschaft zu gestalten, ohne die Gesellschaft einzubeziehen. Dass das den Staatshaushalt mitfinanzieren kann, ist ein super Bonus.

Aus der Sicht der Staatsbürgerin: Wie sollte der Staat das Geld ausgeben?

Auf jeden Fall für eine sinnvolle Gestaltung des Sozialstaats. Und man darf die Strukturen nicht außer Acht lassen. Ein Sozialstaat, der wirklich gut funktioniert und Armut abschafft, muss gleichzeitig Überreichtum abschaffen. Er nimmt sich damit ja nur das zurück, was durch einen Verteilungsfehler weggenommen wurde.



Wenn alles so läuft, wie du es dir wünschst: Was ist deine Vision?

Ich stelle mir eine Welt vor, in der Vertreter*innen aller Interessensgruppen verhandeln, was das „gute Leben für alle“ bedeutet. Und zwar nicht, um einander zu werten. Und ohne den Anspruch absoluter Deutungshoheit. Je mehr Menschen, Antworten und Perspektiven mitmachen, desto eher kriegen wir das gemeinsam hin. Das ist zwar mühsam, aber wichtig und niemand hat gesagt, dass es einfach wird.

Das ist sehr ein harmonisches Bild davon, wie die Dinge sich verändern. Wenn man zurückblickt, wurden viele Fortschritte in sozialen Kämpfen erreicht.

Das stimmt. Aber ich habe eine Vision, dass sich beide Seiten auf ein gemeinsames Ziel – ein gutes Leben für alle – einigen können. Jeder Mensch kennt den ersten Satz aus Martin Luther Kings Rede: „I have a dream“. Was wirklich greift, das ist die Utopie. Das ist ja auch das Großartige an Verfassungstexten oder der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: Da steht nicht drin, wie man es macht. Sondern was unser Ziel ist und gleichzeitig unsere Prämisse.

Was machst du, wenn Vermögen aller Art einmal demokratisch angemessen besteuert wird?

Zuerst feiere ich mit meinen Freund*innen. Aber eigentlich bin ich wahnsinnig langweilig, und ich glaube, ich werde dann wieder mehr zu einem Bücherwurm. Idealerweise ist mein Vermögen dann so besteuert, dass ich mich – so wie alle anderen auch – in die Erwerbsarbeit einbringen kann. Ich würde mich sehr freuen, wenn es mich nicht mehr in irgendwelchen komischen Talkshows braucht.

Das Interview führte David Walch.

Die 29-jährige Wienerin Marlene Engelhorn ist die Enkelin der 95-jährigen Traudl Engelhorn-Vechiatto, deren Vermögen auf mehr als 4 Milliarden Dollar geschätzt wird. Von ihrem künftigen Millionenerbe will Marlene Engelhorn mindestens 90 Prozent abgeben.

„Wie viel ist genug? Wie viel ist zu viel? Wie wollen wir teilen? Wer darf das entscheiden? Wir brauchen Grundsatzfragen, denn die können alle beantworten.“

nur ein grünes mascherl für finanzprodukte

grüner atomstrom? grünes gas? die empörung über die „grüne“ EU-taxonomie ist groß, doch das problem liegt viel tiefer

Anfang Februar 2022 hat die EU-Kommission ihren finalen Text zur sogenannten „grünen Taxonomie“ präsentiert. Sie ist eine Art Klassifizierung, die bestimmen soll, welche Finanzprodukte und Investitionen als „nachhaltig im ökologischen Sinne“ gelten. Nach Vorstellung der EU-Kommission soll das dabei helfen, „Investitionen in nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten zu fördern“ und „private Investitionen für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu mobilisieren“.

Dass die EU-Kommission dabei Atomkraft und Gas als Brückentechnologien und damit als „grün“ einstuft, wird von zahlreichen NGOs und Klimaministerin Leonore Gewessler zu Recht heftig kritisiert. Tatsächlich ist die Entscheidung der Kommission eher eine Folge politischer Allianzen denn wissenschaftlicher Analyse. Durch massives Lobbying vonseiten der Finanzwirtschaft und auf fossiler Energie basierenden Branchen wurde der ursprüngliche Inhalt der Taxonomie stark verwässert.

Freiwillig und zu spät

Doch das Problem mit den angeblichen Nachhaltigkeitskriterien liegt viel tiefer. Denn die Taxonomie ist ganz grundsätzlich zahnlos – nicht nur wegen des Greenwashings von Erdgas und Atomenergie. Bei der Taxonomie handelt es sich lediglich um eine freiwillige Kennzeichnung. Finanzinstitute können ihre Produkte also in Zukunft damit bewerben, dass sie den Kriterien der grünen Taxonomie entsprechen – sie können die Kriterien aber auch weiterhin ignorieren. Verpflichtend ist ihre Anwendung lediglich für staatliche Nachhaltigkeitslabels, etwa sogenannte Green Bonds, vorgesehen.

Freiwillig ist nicht nur die Anwendung der Kennzeichnung, sondern auch die Nutzung der Kriterien bei der Geldanlage. Die Entscheidung, ob Kapital in den Ausbau erneuerbarer Energien fließt oder ob Banken und andere Kapitalanleger*innen ihr Geld doch lieber in fossiler Energie anlegen wollen, wird letztendlich gar nicht reguliert. Und leider ist fossile Energie immer noch

von
Teresa
Gäckle
und
Julia
Litofcenko

sehr lukrativ, etwa für österreichische Banken: Laut Fridays for Future flossen seit dem Pariser Klimaschutzabkommen 1,9 Milliarden Euro von der Raiffeisenbank International und rund 1,5 Milliarden Euro von der Erste Bank an die größten europäischen Kohleunternehmen.

Angesichts des dringend notwendigen Umbaus der Wirtschaft kommt die Taxonomie aber auch einfach zu spät. Die jetzt veröffentlichten Kriterien hätten ursprünglich schon im Jänner 2021 finalisiert werden sollen, die Entscheidung wurde aber immer wieder verschoben. Damit wurde auch die Entwicklung des zweiten Bausteins – die Klassifizierung von klima- und umweltschädlichen Aktivitäten – verzögert. Zur angekündigten schrittweisen Ausweitung der Taxonomie auf alle Wirtschaftsaktivitäten liegt noch nicht einmal ein Entwurf vor. Die Klimakrise schreitet derweil munter voran.

10





Klare Konsequenzen für schmutzige Finanzprodukte

Doch gerade die Kennzeichnung besonders schädlicher Wirtschaftsaktivitäten wäre dringend notwendig, um das Divestment, also den Abzug von Kapital, aus Klimakillerindustrien voranzutreiben. Lediglich rund zwei Prozent der Umsätze der 50 größten börsennotierten Unternehmen der EU sind nach aktuellen Schätzungen als nachhaltig im Sinne der Taxonomie einzustufen. Ein großer Teil von wirtschaftlichen Aktivitäten, darunter die Automobilindustrie, der Flugverkehr, die Bekleidungsbranche oder fossile Energieträger, ist mit den Pariser Klimazielen völlig unvereinbar und kann in der heutigen Form nicht fortgeführt werden.

Tatsächliche Wirkung kann eine grüne Taxonomie daher erst entfalten, wenn sie mit einer Klassifizierung schmutziger Finanzprodukte kombiniert wird, die flächendeckend und mit verpflichtenden Konsequenzen zur Anwendung kommt. So sollte die EZB in ihren Anleihenkaufprogrammen keinen Cent mehr in schmutzige Produkte investieren dürfen. Banken mit klimaschädlichen Geschäften sollten darüber hinaus schlechtere Konditionen bei der EZB



erhalten; Quoten für die Kreditvergabe sollten an nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten gebunden werden. Letztendlich sollte eine solche Taxonomie auch dazu dienen, öffentliche Ausgaben aus schmutzigen Bereichen wegzuleiten.

Verantwortung nicht den Banken übertragen

Was hingegen nicht funktionieren wird, ist die Verantwortung dem Markt, also den Banken, den Fonds, aber auch den kleinen und großen privaten Anleger*innen zu überlassen und zu hoffen, dass diese ihre Profitinteressen zugunsten der Allgemeinheit zurückstellen. Denn wir können die Klimakrise nicht mit derselben privaten Profitlogik bekämpfen, die sie verursacht hat.

Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, muss die öffentliche Hand dringend notwendige Investitionen selbst finanzieren und klare Regeln – ja, das heißt auch Verbote – für klimaschädliche Aktivitäten und Investitionen erlassen. Im besten Fall könnte die Taxonomie ein Schritt auf dem Weg dorthin sein.

Der aktuelle Vorschlag dagegen ist lediglich ein trauriges Exempel dessen, wie im Sumpf von Lobbyismus und kurzsichtiger Interessenspolitik weiterhin jede substanzielle Klimapolitik untergeht. In einem großteils unregulierten Finanzcasino wird damit den Profiten Weniger lediglich ein grünes Mascherl verpasst.

Teresa Gäckle und Julia Litofcenko sind bei FinanzAttac aktiv

Dieser Text erschien im Februar 2022 auch in der Tageszeitung "Der Standard"

patente freigeben – pandemie beenden!

die pandemie ist erst vorbei, wenn wir alle sicher sind

Mehr als zwei Jahre nach Ausbruch der Pandemie haben viele Menschen weltweit immer noch keinen Zugang zu lebensrettenden Impfstoffen und Medikamenten. Big Pharma verkauft nur an die Meistbietenden, Profite über Menschenleben lautet die Devise. Die Pharmakonzerne halten die Regierungen weltweit am Gängelband – weil sie es können. Durch Privatisierungen in den 1970ern und 80ern ist der Arzneimittelmarkt heute hochkonzentriert: Vier große Hersteller beherrschen ihn fast vollständig. Über die letzten Jahrzehnte haben sie mit den Regierungen des Globalen Nordens Gesetze zu Patenten und anderen geistigen Eigentumsrechten vorangetrieben.

Die Pandemie macht sichtbar, wie tödlich dieses System ist. Pharmafirmen können die Preise für ihre Produkte „optimieren“ und das Maximum an Profit für die Aktionär*innen herausholen. BioNTech/Pfizer und Mo-

derna haben unter 1 Prozent ihrer Produktion an Länder mit niedrigen Einkommen verkauft, der Rest ging an jene Länder, in denen die sie ihre Headquarters haben: Europa, die USA, Japan. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen, die sich per SMS Impfdetails mit dem Pfizer-Chef auschnapst, ist nur die sichtbare Spitze des Eisbergs.

Doch das massive Machtungleichgewicht ist auch für den Globalen Norden ein Schuss ins Knie: Eine mRNA-Impfdosis, deren Produktion in etwa einen Dollar kostet, verkaufen Pfizer & Co. gerne um das 20fache (oder mehr). Dabei wurde deren Entwicklung zum großen Teil mit öffentlichem Geld finanziert – durch direkte Forschungsförderungen oder Vorkaufverträge in Milliardenhöhe (die von EU und USA abgeschlossen wurden, als noch gar nicht klar war, ob die Impfstoffe erfolgreich sein würden). Auflagen gab es keine: Weder

von Iris
Frey

wurden Maximalpreise für die Produkte festgelegt, noch wurde sichergestellt, dass die Forschungsergebnisse in eine öffentliche Datenbank eingespeist werden.

Ein System, das nur den Pharmariesen nützt

Die aggressive Etablierung von Patenten und anderen geistigen Eigentumsrechten wurde 1994 im sogenannten TRIPS-Abkommen an der Welthandelsorganisation (WTO) von 13 großen Konzernen, darunter Pfizer, einzementiert. Big Pharma sichert sich damit die Vormachtstellung im Arzneimittelmarkt – und astronomische Profite. BioNTech/Pfizer und Moderna machen allein mit ihren Impfstoffen fast 100 Millionen US-Dollar Gewinn – pro Tag.

Kleinere, innovative Firmen und Staaten, die ihre eigene Arzneimittelproduktion aufbauen wollen, sitzen am kürzeren Hebel: Sie müssen Lizenzen für hunderte Technologien erwerben und werden bei der Entwicklung vielversprechender Erfindungen sofort von den Pharmariesen geschluckt. Möchten sie selbst ein Produkt zur Marktreife bringen, werden sie mit kostspieligen Patent-Prozessen bedroht.

Ein Beispiel für dieses skrupellose Vorgehen der Pharmaindustrie liefert gerade BioNTech, vor einigen Jahren selbst noch ein kleines Startup. Im Februar 2022 zeigten Leaks, dass das Unternehmen eine Stiftung angeheuert hatte, um die südafrikanische

Regierung unter Druck zu setzen. Dort begann nämlich ein Forscher*innen-Team mit Unterstützung der Weltgesundheitsorganisation einen eigenen mRNA-Impfstoff zu entwickeln. Die Stiftung riet der Regierung, lieber gleich aufzuhören, da die Entwickler ohnehin mit Patent-Klagen überhäuft werden würden. Und sie lobbiierte dafür, dass BioNTech Mini-Fabriken in Südafrika aufbauen und dort – mit eigenem Personal – für Afrika produzieren könnte. Die südafrikanische Regierung bezeichnet dieses Vorgehen als Spitze des Paternalismus.



Mahnwache vor dem Wirtschaftsministerium

Ein Ausweg: der TRIPS-Waiver

Um dieses System aufzubrechen, setzen wir uns in Solidarität mit dem Globalen Süden vehement für die Freigabe aller relevanten geistigen Eigentumsrechte für Covid-bezogene Arzneimittel ein, den sogenannten TRIPS-Waiver. Indien und Südafrika haben diesen zukunftsweisenden Vorschlag schon 2020 bei der WTO eingebracht. Damit sollen Teile des TRIPS-Abkommens für die Dauer der Pandemie außer Kraft gesetzt werden – das würde die nötige Rechtssicherheit garantieren, damit Forscher*innen weltweit ungestört ihre Entwicklungen fortsetzen können.

Immer mehr Länder unterstützen den TRIPS-Waiver, als alleinige Blockierer sind die EU sowie die Schweiz und UK übrig. Besonders Deutschland möchte weiterhin seine Pharmaindustrie protegieren. Aber es gibt auch EU-Staaten, die den Waiver prinzipiell unterstützen würden: Spanien, Griechenland, Irland, Frankreich und Italien. Auch das EU-Parlament hat schon mehrmals für den TRIPS-Waiver gestimmt.

Wir stellen uns Big Pharma entschlossen entgegen

Mit zahlreichen Aktionen und Medienauftritten haben wir uns für die Patentfreigabe eingesetzt. Wir haben Trainings für Gruppen entwickelt und diese mit Regionalgruppen, Senior*innen-Attac und ZAP-Teilnehmenden durchgeführt. Wir waren bei der Sommer Akademie, beim Südwind Straßenfest und während der Aktions- und Veranstaltungen in Wiener Neustadt und Innsbruck.

Im November koordinierten wir einen offenen Brief von prominenten Gesundheitsexpert*innen, unterschrieben haben auch drei ehemalige Gesundheitsminister*innen von Grünen, SPÖ und ÖVP. Die Pressekonzferenz dazu wurde im ORF live gestreamt, zahlreiche Medien berichteten. Wir konnten sogar Gesundheitsminister Mückstein dazu bewegen sich für die Patentfreigabe auszusprechen. Doch die zuständige Wirtschaftsministerin Schramböck ließ nur verlauten, sie sei weiterhin dagegen. Daraufhin haben wir an sie einen offenen Brief von Unternehmer*innen gestartet – über 115 haben die Aufforderung unterschrieben.

Das Wirtschaftsministerium hat zwar nicht reagiert, doch wir geben die Hoffnung nicht auf. Denn die Länder des Globalen Südens kämpfen weiter dafür, selbstbestimmt ihre Gesundheitsversorgung auf- und auszubauen und auch ihre Medikamente- und Impfstoffproduktion so aufzustellen, dass sie sich aus der Abhängigkeit des Globalen Nordens befreien können. Mit unseren internationalen und nationalen Netzwerken verfolgen wir das Thema weiter. Denn der Kampf für ein gerechtes Gesundheitssystem geht weit über diese Pandemie hinaus – und er betrifft uns alle.

warum steigen die preise nur so hoch?

die wichtigsten fragen und antworten zur Inflation

Wieso steigt in der Pandemie die Inflation?

Die Wirtschaft fährt Achterbahn: stillstehende Fabriken, leere Lager und unterbrochene Lieferketten; gleichzeitig verschob sich der Konsum weg von Dienstleistungen hin zu Gütern wie Elektronik und Lebensmitteln. Die Produktion kam nicht nach, und die Unternehmen erhöhten die Preise. Hinzu kommen statistische Effekte, die die aktuelle Inflation schlimmer aussehen lassen.

Aber auch rücksichtslose Profitmache lässt die Preise steigen. Unternehmen in den USA und in Deutschland fahren historisch hohe Gewinne ein. Und US-Einzelhandelsunternehmen geben zu, dank Inflation ihre Preise mehr anheben zu können als nötig.

Wie wirkt sich der Ukrainekrieg auf die Preise aus?

Die hohen Energiepreise waren schon vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine der größte Treiber der Inflation. Der Krieg heizt nun die Preise an den Gasbörsen sowie von Rohöl weiter an. Er verschärft die Unsicherheit der europäischen Energieversorgung: Solange wir von fossilen Brennstoffen, russischen Importen und kurzfristigen Märkten abhängig sind, kann es jederzeit zu Energiepreiskrisen kommen.

Russland und die Ukraine produzieren jedoch auch Lebensmittel und Rohstoffe für den Weltmarkt; durch den Krieg werden etwa die Preise von Getreide und Ölen steigen. Das ist besonders für Menschen im globalen Süden gefährlich, die von Getreideimporten abhängig sind. Auch Metalle und andere Rohstoffe verteuern sich und werden knapp, was Lieferkettenprobleme etwa bei Elektronik verschärft.

In den Medien ist dauernd von Inflation und Leitzinsen die Rede, was hat es damit auf sich?

Im ökonomischen Mainstream sind an Inflation üblicherweise „die Geldmenge“ (sehr abstrakt) oder die Löhne schuld. Obwohl die realen Ursachen viel komplexer sind, kennt neoliberale Wirtschaftspolitik auf Inflation nur eine Antwort: die Erhöhung der Leitzinsen durch die Zentralbank. Das soll Kredite verteuern, damit Unternehmen weniger investieren und Beschäftigte entlassen. Weil Arbeiter*innen dann weniger Geld haben, sollen die Nachfrage und damit auch die Preise sinken. Gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit, was die Verhandlungsmacht der Beschäftigten und auch die Löhne verringert. Unternehmen haben geringere Kosten, Produkte werden billiger.

von Lisa
Mittendrein

14

Die Antwort auf Preissteigerungen ist für Neoliberale also die Entmachtung und Verarmung von Arbeiter*innen. Das ist weder präzise noch politisch „neutral“, sondern hochideologisch und gefährlich. Es spielt unsere Interessen als Beschäftigte und Konsument*innen gegeneinander aus. Diese Agenda steckt hinter der rechten Inflationspanik. Ernst nehmen müssen wir die Inflation aber trotzdem.

Wen belastet die Inflation denn besonders?

Werden Mieten oder Energie teurer, ist das für ärmere Menschen ein existenzielles Problem. Sind sie prekär beschäftigt oder in Jobs ohne oder mit schlechtem Kollektivvertrag, hält ihr Einkommen nicht mit der Inflation Schritt. Auch Mindestsicherung und Sozialleistungen werden nicht regelmäßig angepasst.

Die aktuellen Preissteigerungen spüren aber nicht nur die Ärmsten, sondern auch die breite Bevölkerung. Mediale Panikmache und historische Erfahrungen verstärken die Angst vor Inflation zusätzlich.

Was kann diese Angst bewirken?

Preissteigerungen führen oft zu gesellschaftlichen Konflikten, besonders bei Energiepreisen. Die Massenproteste in Kasachstan und die französischen Gelbwesten sind zwei der jüngsten Beispiele. Das kann auch positiv sein:

Preissteigerungen können Beschäftigte und Gewerkschaften dazu bringen kämpferischer zu werden, um höhere Löhne durchzusetzen. Konflikte um Inflation und Energiepreise können aber auch von rechts geführt und beispielsweise gegen den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas vereinnahmt werden. Angesichts der Kräfteverhältnisse ist das eine realistische Gefahr.

Also besteht die Gefahr, dass Rechte und Neoliberale das Inflationsthema für sich nutzen?

Ja! Konservative Parteien können Inflation als technisches Problem inszenieren, das leider, leider nur durch unsoziale Politik bekämpft werden kann. Gleichzeitig können sich FPÖ und Co. zu Verteidigern der „kleinen Leute“ aufspielen und bei hohen Energiepreisen gegen Klimapolitik hetzen. Beides schützt die Interessen von Konzernen, Reichen und Finanzmarktakteuren.

Neben einer überschießenden Reaktion der Zentralbank droht direkter Druck auf Löhne und öffentliche Ausgaben. Der britische Zentralbankchef forderte bereits Lohnzurückhaltung um die Inflation zu bekämpfen. Obwohl Löhne für die jetzige Inflation kaum eine Rolle spielen, können Politiker*innen und Unternehmen sie nutzen, um Druck auf Mindestlöhne und Kollektivverträge zu machen.

15

Was können wir denn jetzt gegen Inflation tun?

Sozialleistungen und Beihilfen müssen sofort erhöht werden. Außerdem müssen wir Antworten auf die spezifischen Ursachen von Inflation finden.

Wo Profitmacherei die Preise in die Höhe treibt, können Sondergewinnsteuern oder Preiskontrollen rasch Abhilfe schaffen. Auch bei kurzfristigen Engpässen können sie eine Preisexplosion verhindern. Bei langfristiger Knappheit können durch Industriepolitik oder öffentliche Investitionen Kapazitäten ausgeweitet werden. Wo Wachstum politisch oder ökologisch nicht wünschenswert ist, muss gesellschaftlich ausgehandelt werden, wie die höheren Kosten verteilt werden. Die Liberalisierung der Energiemärkte muss zurückgenommen werden und wir müssen entscheiden, wie wir gleichzeitig aus schmutzigen Energieträgern aussteigen, den Energieverbrauch senken und leistbare Grundversorgung für alle sicherstellen.



attac-aktivist*in werden in vier monaten

das zivilgesellschaftliche attac praxissemester (ZAP)

Die Wiese vor dem Wiener Prater füllt sich mit Menschen. Immer mehr Ballons schweben in der Luft. Im Hintergrund dreht sich das Riesenrad im strahlenden Sonnenschein. Was auf den ersten Blick wie die Vorbereitung eines lustigen Kindergeburtstags wirkt, ist eine Aktion und Videoreh für den Lastenausgleich. Performativ zeigen zirka 60 Attac-Aktivist*innen die ungerechte Vermögensverteilung in Österreich auf, die Verschärfung des Problems während der Pandemie und wie ein solidarischer Lastenausgleich dagegen wirkt. Auf dem Abschlussfoto mit Banner ist die Botschaft klar: „Die Reichsten sollen zahlen #LastenausgleichJetzt.“ Doch

von Max
Hollweg

16

wer ist die Gruppe junger Attac-Aktivist*innen, die hinter der Aktion steckt? Es sind Teilnehmer*innen des ZAPs! Die Luftballonaktion nur eines der vielen tollen ZAP-Projekten, die in den letzten Jahren entstanden sind.

Im Oktober 2019 sitzen elf junge Menschen im Attac-Büro, diskutieren über Transformationspfade und tüfteln an Projektideen für die kommenden Monate. Das Zivilgesellschaftliche Attac Praxissemester, kurz ZAP, ist geboren. Über die Dauer von vier Monaten gibt es nun immer dienstags interaktive Einheiten mit Attac-Expert*innen zu Themen wie Energiedemokratie, Finanzwirtschaft, Steuern oder Pressearbeit. Die Teil-

nehmer*innen, die Zappies, sind größtenteils junge Studierende mit viel Lust auf Aktivismus.

Im Jänner schloss nun schon die fünfte Gruppe das Programm ab. Mehr als 100 Personen nahmen in den vergangenen zweieinhalb Jahren am ZAP teil, politisierten sich und tauchten in den Aktivismus für ein gutes Leben für alle ein. Viele sind geblieben und engagieren sich in den Inhaltsgruppen, betreuen Social-Media Accounts, organisieren Aktionen und Veranstaltungen. Der Aufbau des Semesters ist jedes Mal ähnlich: In den ersten Einheiten schafft sich die zirka 20-köpfige Gruppe ein gemeinsames Verständnis von Aktivismus, gesellschaftspolitischen Problemlagen und Handlungsmöglichkeiten für Transformation. Darauf aufbauend bilden sich Projektteams, die konkrete Ideen praktisch umsetzen. Jedes Team hat Ansprechpersonen aus dem Büro oder entsprechenden Inhaltsgruppen, die sich bei Fragen kümmern und in der Umsetzung unterstützen. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Gemeinsam schauen wir aber auch auf die Machbarkeit. Denn Aktivismus kann auch überfordern. Es ist ein wichtiger Lernprozess, die eigenen Grenzen zu kennen und nicht aus-



© Hanna Braun



Patente freigeben
– Mahnwache vor
dem Wirtschafts-
ministerium im
November 2021



Luftballonaktion im Prater im Dezember 2021

zubrennen. Für die meisten ist es ein ehrenamtliches Engagement, dem sie zusätzlich zu Studium und Job nachgehen. Daher legen wir viel Wert auf regelmäßige Reflexion und Räume, um Motivation und Begeisterung, aber auch Unzufriedenheit oder Überforderung zu teilen.

Unter dem Überbegriff Aktivismus und Awareness gehen wir insbesondere in den ersten Einheiten stark auf diese Herausforderungen und den Umgang miteinander ein. Nach dem eher allgemeinen Einstieg zum Thema Transformation, Kennenlernen und Gruppenbildung geht es im weiteren Lauf des Semesters dann in die Tiefe. Attac Expert*innen gestalten mit interaktiven Methoden Einheiten zu ihrem Fachgebiet. Im vergangenen Semester gab es spannende Workshops zur Freigabe der Patente sowie zu Lastenausgleich und Vermögensverteilung – zwei zentralen Attac-Kampagnen. Darin konnten die Zappies auch sogleich ihre Projektideen entwickeln, mit Hintergrundwissen füttern und

Expert*innenfeedback einholen. Auch einige Inhaltsgruppen spielen zentrale Rollen im ZAP. So haben in der Vergangenheit Expert*innen der Gruppen FeministAttac, KlimAttac, IG Konzernmacht sowie FinanzAttac spannende Einheiten gestaltet und ihr Wissen weitergegeben. Viele Teilnehmer*innen nutzen die Chance und steigen gleich in die Inhaltsgruppen ein.

Zurück zum praktischen Teil: Die Gruppe mit der Luftballon-Aktion wird schon bald das Video dazu veröffentlichen. Und es gab noch so viel mehr: Auf der Mariahilfer Straße organisierten Zappies Infostände zu den schlechten Arbeitsbedingungen in der Fashionindustrie oder den Problemen, die das Wirtschaftswachstum mit sich bringt. Es gab Lesekreise, einen Folder zur Guten Stadt für Alle, Podcastfolgen und eine Gruppe, die Bildungsmaterialien für Schulklassen entwickelte. Aus letzterem Projekt bildete sich eine neue Referent*innengruppe, die seit Herbst 2021 Workshops für Wiener Schulklassen hält.

In Erinnerung bleiben auch die vielen selbstorganisierten ZAP-Aktionen wie Solidaritätsbekundungen *#leavenoonebehind* auf Straßen und Gehsteigen oder gesprühte politische

Forderungen zum Lastenausgleich. Vor dem Wirtschaftsministerium hielten Zappies eine fünftägige Mahnwache für die Covid-Toten mit der Forderung zur Freigabe der Patente ab. Ihre Aktion schaffte es in verschiedene Zeitungen und Medien. Eine weitere Gruppe fing verschiedene Minister*innen vor dem Bundeskanzleramt ab und konfrontierte sie mit der Forderung zur Freigabe der Patente auf Impfstoffe.

Die Liste ließe sich noch weiter fortsetzen – es ist beeindruckend, wie viel Energie und Wissen die ZAP Teilnehmer*innen in das Programm und die Projekte stecken.

Das ZAP bietet einen Raum, in dem sich junge Aktivist*innen ausprobieren und politisch wirksam sein können. Durch die Verknüpfung der ZAP Projekte mit bestehenden Attac Gruppen und Projekten ergibt sich eine kraftvolle Synergie, die motiviert und aktiviert. Und es geht weiter. Am 1. März 2022 begann bereits die 6. Edition. Wir dürfen uns auf viele tolle Ideen, Mut und Inspiration freuen.

17

Du möchtest beim ZAP mitmachen? Ende Juli 2022 startet die Bewerbungsphase für das Wintersemester. Bei Interesse wende Dich bitte an Max (max.hollweg@attac.at).

kontinuität – veränderung – bedingungslos

Seit fast 15 Jahren trifft sich unsere Inhaltsgruppe monatlich und ist damit eine der beständigsten im Attac-Universum. Die Corona-Pandemie haben wir als Chance für Verbesserungen genutzt und sind dazu übergegangen unsere Treffen auch online abzuhalten, was die Teilnahme aus den Bundesländern wesentlich erleichtert. 2021 haben wir unsere Treffen weiterentwickelt: Den notwendigen administrativen Teil halten wir möglichst kurz, um uns dann der Organisation von Aktivitäten und inhaltlichen Diskussionen zu widmen. Vorschläge dazu

können von allen Teilnehmer*innen gemacht werden. Schaut vorbei, wir freuen uns auf euch!

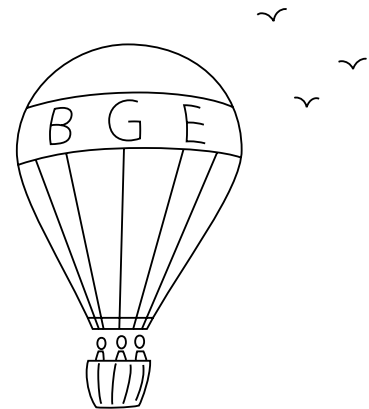
Das Positionspapier „Bedingungsloses Grundeinkommen“ wurde textlich leicht überarbeitet, mit neuem Design versehen und liegt – auch in leicht lesbarer Fassung – im Attac Shop kostenlos auf.

Aktuell unterstützen wir das vom Runden Tisch Grundeinkommen eingereichte österreichische Volksbegehren für ein BGE, das mit der Eintragungswoche (2. bis 9. Mai 2022) abgeschlossen wird, und die Europäische

von Attac
Bedingungs-
loses Grund-
einkommen

Bürger*innen-Initiative, die bis zum 25. Juni 2022 läuft.

Zum Schluss noch eine gute Nachricht: Wir haben einen neuen E-Mail-Verteiler eingerichtet, über den wir euch mit maximal zwei Mails pro Monat über Neuigkeiten aus der BGE-Welt und Aktivitäten der Gruppe auf dem Laufenden halten. An- und Abmelden dazu könnt ihr euch einfach per Mail: grundeinkommen@attac.at.



attac-aktion gegen impfnationalismus

In ärmeren Ländern hat ein Großteil der Menschen keine Möglichkeit sich gegen COVID impfen zu lassen. Durch Patentrechte für Pharmakonzerne wird die Produktion von Impfstoffen künstlich eingeschränkt. Das begünstigt das Entstehen weiterer Mutationen des Virus. Somit wird die Pandemie auch für die reicheren Länder verlängert.

Die Corona-Impfstoffe basieren größtenteils auf öffentlich finanzierter Forschung. Trotzdem blockieren viele Politiker*innen reicher Staaten eine Freigabe der Patente und arbeiten so für die Profite der Pharmakonzerne.

Ein Antrag auf Patentfreigabe bei der WTO wird von mehr als 100 Ländern unterstützt. Zu den letzten Blockierern zählen Österreich und weitere EU-Staaten.

Wir Grazer Attacies haben daher am 13. Dezember in Graz vor dem Schlossberg mit einer Die-In Aktion auf diesen Missstand aufmerksam gemacht. Unsere Forderungen an die Bundesregierung, wie „Leben vor Profite“ oder „Gebt die Patente frei – JETZT“ haben wir auf Grabsteine geschrieben und ein symbolisches Gräberfeld gebildet.

von Attac
Graz

18

Einen Monat später wurde im Grazer Gemeinderat der Antrag „Vorübergehende Aufhebung der Patentrechte für COVID-Impfstoffe, -Diagnostika und -Medikamente“ mehrheitlich angenommen. Damit fordert die Stadt Graz die Bundesregierung auf, einer Freigabe der Patente nicht weiter im Weg zu stehen.

Womöglich hat ja unsere Aktion den Grazer Gemeinderat zu dieser Forderung inspiriert?



Gräberfeld am Grazer Schlossberg

Foto: Kurt Hiedl

demo gegen mönchsberggarage

Am Morgen des 20. Jänner 2022 fanden sich entschlossene Demonstrant*innen vor dem Mirabellsschloss (Sitz der Salzburger Stadtverwaltung) ein, um gegen den Ausbau einer im Herzen eines Salzburger Hausberges gelegenen Garage zu protestieren. Angesichts der frühen Stunde (08:00 Uhr!) und der kühlen Temperatur war die Gruppe gar nicht so klein. Ort und Zeit waren nicht zufällig, denn an diesem Morgen sollte die formale Abstimmung für das Bauvorhaben im Stadtrat stattfinden. Neben einigen Mitgliedern unserer Attac-Regionalgruppe und Sprecher*innen anderer NGOs waren auch Vertreter*innen

von „Scientists for Future“ anwesend, die mit Plakaten auf das naturzerstörerische Potenzial des Vorhabens und dessen finanzielle Sinnlosigkeit hinwiesen. Laut Studien wären 100 Jahre notwendig, um die Kosten (über 30 Millionen €) zu amortisieren – und zwar bei täglicher 100%er Belegung der 650 neuen zusätzlichen Parkplätze. Das übersteigt bei Weitem die realen Bedürfnisse der in der Altstadt lebenden Salzburger*innen und würde zusätzlichen Autoverkehr bedeuten. Unnötig hinzuzufügen, dass das einer ernstzunehmenden grünen Wende in der Stadt radikal entgegensteht. Zudem würde während der

von Attac
Salzburg

19



waaas? die machen eine klausur?!

Nach 3-jährigem Bestehen kamen in unserer Regionalgruppe Zweifel auf, ob wir denn wirklich etwas zum gesellschaftlichen Fortschritt beitragen oder uns nur selbst verwirklichen wollen. Eine provokante Frage, der wir im Rahmen einer halbtägigen Klausur

von
Jacqueline
Jerney

auf die Spur kommen wollten. Aus anfänglicher Skepsis, ob wir das überhaupt brauchen und wie wir so eine Klausur zustande bringen wollen, wurde bald Zuversicht. Nach einer gelungenen Klausur, für die wir Stefanie von der Regionalgruppe Graz als Moderatorin gewinnen konnten, sind wir höchst motiviert und überzeugt, dass eine Klausur einer Gruppe gut tut. Was es dafür braucht?

Unser Rezept für eine gelungene Klausur:

1. Eine gemeinsam gut vorbereitete Agenda mit Zeitrahmen. Z.B.: Ankommensrunde, motivierender Rückblick und Reflexion vergangener Aktivitäten gefolgt von einer

Diskussion über künftige Schwerpunkte, Beschlussfassung und einer Abschlussrunde.

2. Externe Moderation ist wichtig, damit sich alle Mitglieder der Gruppe auf den Inhalt konzentrieren können.
3. Gute Verpflegung und Pausen helfen dabei, konzentriert und voller Energie zu bleiben.
4. Ein ungestörter Raum und gute Ausstattung erleichtern einen reibungslosen Ablauf, egal ob bei virtuellen, realen oder Hybrid-Treffen. Die wichtigsten Ergebnisse auf Flipcharts oder Postern dokumentieren – und fertig ist die Klausur.

Viel Spaß und gutes Gelingen wünscht euch die Regionalgruppe Kärnten_Koroška



Die Regionalgruppe Kärnten_Koroška

PEREGIYA MBALHUWAKO
BUKONZO
Organic Farmers Co-operative
Union #OGU | Uganda

MAY 14th 2022 WORLD FAIR TRADE DAY

**WELTLADEN
TAG 2022**

Schau vorbei!

COFFEE FOR FUTURE

**KLIMA
GERECHT
FAIR
HANDELN**
#fairtradesolidarity
#climatejustice

**WELT
LADEN**
GERECHT HANDELN - SINNVOLL KAUFEN
www.weltladen.at



Daniel Wisser

**Tausend kleine
Traurigkeiten**

Politische Kommentare

14 • 21 cm | 242 Seiten
Leineneinband | 19,00 €



Karen Messing

Unsichtbare Schmerzen

Was die Wissenschaft über die Arbeit
lernen kann von jenen, die sie verrichten

14 • 22 cm | 256 Seiten
Leineneinband | 20,00 €

bahoe books
Literatur | Sachbuch | Comics



**WER SAGT, DASS
FERN-
BEZIEHUNGEN
NICHT
FUNKTIONIEREN?**

SONNENTOR®

**WIR BEZIEHEN KRÄUTER UND
GEWÜRZE VON NAH UND FERN.**

Egal ob Tansania, Griechenland oder Österreich – wir arbeiten weltweit mit unseren Bäuerinnen und Bauern zusammen. So können wir auch Gewürze und Kräuter beziehen, die in unserem Klima nicht optimal wachsen. Das Geheimnis unserer erfolgreichen Fernbeziehungen: Wir handeln trotz der Distanz fair, direkt und auf Augenhöhe.

www.sonnentor.com/esgehtauchanders

**#ESGEHTAUCH
ANDERS**



frauen* solidarität

feministisch-entwicklungspolitische
informations- und bildungsarbeit

Bibliothek und Dokumentation
Zeitschrift und Radio
Frauenrechte und Medien



Bleiben Sie informiert mit einem Abo!
Jahresabo: € 20,- in Österreich,
€ 25,- im Ausland. Bestellungen an:
abo@frauensolidaritaet.org
www.frauensolidaritaet.org

IDEEN FÜR EUROPA

grafikteam@attac.at



Grafikteam

%attac



Dabei sein macht stark.

Jetzt Mitglied werden!

Der **Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB)** ist zu einem kraftvollen Mitwirken an der **sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Weiterentwicklung** Österreichs, zur Bekämpfung des Faschismus, zur Mitarbeit an der **Sicherung des Weltfriedens und der Menschenrechte** sowie zur **Hebung des Lebensstandards der ArbeitnehmerInnen** Österreichs und zum Einsatz für **Gleichstellung von Frauen und Männern** berufen und verpflichtet. – *Auszug aus unseren Statuten (§ 3 Aufgaben, Abs. 1)*

Dafür brauchen wir dich!

Mit jedem neuen Mitglied wird deine Gewerkschaft stärker.

Werde jetzt Mitglied:

oegb.at/mitgliedwerden

ÖGB



Heavy Pedals
Lastenräder
für eine gerechte
emissionsfreie Zukunft



NUTZEN SIE DIE ATTAC-KANÄLE!

attac.at/telegram
twitter.com/attacAustria
youtube.com/c/AttacAustria
attac.at/newsletter
flickr.com/photos/attac-austria/albums
instagram.com/attacaustria
facebook.com/attac.at
attac.at/radioattac



%attac



Make Love Not War

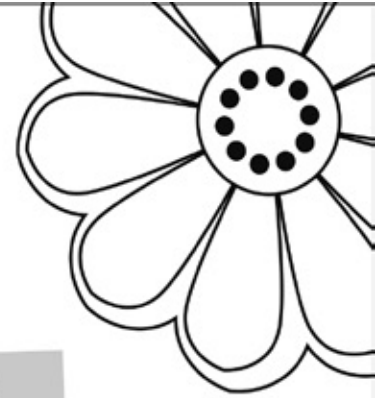


www.gea.at

DIE BESTEN

Schuhe für Frauen

GEFERTIGT IN EUROPA



Arche-Schuhe mit Naturlatexsohlen • Womsh-Sneakers aus veganem Apfelleder • Bio-Lederschuhe von WERNER (IVN zertifiziert) • Hartjes-Schuhe gefertigt in Oberösterreich • Natural World vegane Biobaumwollschuhe • u. a.

SCHUHE FÜR FRAUEN

1070 Wien • Neubaugasse 44 • www.schuhefuerfrauen.at



